

Wie radikal sind die Bunten Republikaner?



Von W. SCHMIDT | Vor acht Jahren erklärte Ex-Bundespräsident Christian Wulff die Bundesrepublik zur „Bunten Republik“. Seither arbeitet das bunte Machtkartell von CDU, SPD, FDP, Grünen und SED (Die Linke) mit allen rechtlichen und unrechtlichen Mitteln daran, Deutschland so schnell wie möglich umzuvoelken. Kritikern dieses Projekts wird „Radikalität“ vorgeworfen: die AfD sei eine „radikale“ Partei. Aber sollte man den Spieß nicht umdrehen? Ist nicht das Vorhaben der Bunten Republikaner, ein ganzes Land ethnisch umzuvoelken, höchst „radikal“?

Es hat auch bei PI-NEWS bisher nicht an Versuchen gemangelt, die ideologischen Grundlagen der Bunten Republikaner zu verstehen, um ihre Politik rational nachzuvollziehen (hier, hier und hier). Wirklich schlüssig sind diese Erklärungsversuche nur zum Teil. Soll Deutschland nur deshalb umgevoelkt werden, weil die Deutschen ihrer intellektuellen Elite auf die Nerven gehen – „liebe Ausländer, lasst uns mit den Deutschen nicht allein“? Geht es um die Erschaffung eines neuen, mehrheitlich nicht-europäischen Einheitsvolkes in Deutschland und Europa, damit die europäischen Eingeborenen mit ihren jeweils eigenen Nationen dem Superstaat der „EU“ nicht mehr im Weg stehen? Oder wird Deutschland umgevoelkt, damit die politisch so verhassten Deutschen mit Hilfe junger Männer aus dem Orient und Afrika zunächst weggezüchtet und am Ende von den massenhaft angesiedelten edlen Wilden schlichtweg weggemordet werden – eine Art Ethnozid, gefolgt vom Genozid,

auf Raten also?

Wir werden diese Fragen nie wirklich zufriedenstellend beantworten können. Denn die besondere Schwierigkeit beim Verständnis der ideologischen Zielsetzungen der Bunten Republikaner – und das ist der Hauptunterschied zu anderen Ideologen: Marxisten, Leninisten, Maoisten, Islamisten, Faschisten – ist ja gerade der Umstand, dass ihre bunte Ideologie nirgendwo ausformuliert ist. Es gibt kein Lehrbuch des „Buntismus“, kein buntes „Kapital“, keinen bunten „Mein Kampf“, keinen bunten „Koran“, keine bunte Mao-Bibel. Für die Bunten Republikaner ist dies von Vorteil. Da ihre Ideologie nicht greifbar ist, lässt sich jeglicher Erklärungsversuch jenseits der offiziellen Regierungspropaganda („alles Flüchtlinge“) als verschwörungstheoretische Albernheit abtun: So ist das doch gar nicht gemeint, das ist nichts als ein Missverständnis, die Umvolkung ist ja nicht Ziel, sondern nur ein Nebeneffekt.

Statt also wie etwa im Fall der Kommunisten die politischen Handlungen der herrschenden Ideologen aus einem konkreten Theoriengebäude heraus zu verstehen – nur Arbeiter haben ein Recht auf die Produktionsmittel, daher Enteignungen –, bleibt zum näheren Verständnis und einer politischen Beurteilung des Denkens der Bunten Republikaner kein anderer Weg, als genau umgekehrt aus ihren Handlungen heraus ihre Ideologie anzuleiten. Auch die in der Überschrift gestellte Frage nach der Radikalität ihres Denkens lässt sich, anders als bei den kommunistischen, islamischen oder faschistischen Ideologien, nicht über eine Auseinandersetzung mit ihrer nie wirklich greifbaren Gedankenwelt ableiten, sondern muss bei dem ansetzen, was in der Sache nachweisbar ist: dem Ergebnis ihrer Handlungen. Statt der Frage „Denken die Bunten Republikaner radikal?“, die sich niemals eindeutig beantworten lassen wird, muss die Frage nach ihrer Radikalität notwendigerweise lauten: „Handeln die Bunten Republikaner radikal?“

Wenn wir uns heute insbesondere manche westdeutschen Städte

anschauen, dann ist die Folgewirkung dieser buntideologischen Handlungen im allgemeinen Lebensumfeld unübersehbar. Indigene Deutsche sind vielerorts längst zur ethnischen Minderheit geworden. An westdeutschen Schulen bekommen indigene deutsche Kinder tagtäglich zu spüren, was das konkret bedeutet, eine ethnische Minderheit zu sein, vor allem wenn es sich bei der ethnischen Mehrheit um Anhänger des Islam handelt: als Angehöriger einer indigenen Minderheit ist man macht- und schutzlos, Lehrer schauen ängstlich weg, einen Ansprechpartner gibt es nicht, der Staat versagt jegliche Hilfe, man ist völlig allein den oft genug gewalttätigen Launen der Mehrheit ausgeliefert.

Dass die Zustände gerade in Westdeutschland so weit gekommen sind, liegt bekanntlich an der Umvolkungspolitik pharaonischen Ausmaßes, die die Bunten Republikaner dort in den letzten Jahrzehnten betrieben haben – und die sie nun versuchen, auch dem Osten aufzuzwingen. Und trotz des in Westdeutschland bereits unübersehbaren Zusammenbruchs des gesellschaftlichen Gefüges, der inneren Ordnung, der Schulqualität, der alltäglichen Sicherheit, werden jeden einzelnen Tag weiterhin etwa 1000 neue Siedler aus Afrika, Nahost und Afghanistan nach Deutschland geholt. Noch immer gibt man diesen Leuten Geld, baut ihnen Häuser und Wohnungen, damit sie auf jeden Fall hierbleiben und möglichst weitere Siedler nachholen. Eine Trendumkehr – das hat uns gerade erst Seehofers vergeblicher Versuch, zumindest einen winzigen Teil dieser Siedler an der Grenze zurückzuweisen, gelehrt –, ist nicht in Sicht.

Auch wenn die Bunten Republikaner das Vorhaben einer totalen Umvolkung stets abstreiten, sich ihre Ideologie nie genau fassen lässt, ist doch im Ergebnis ihres politischen Handelns besonders in Westdeutschland eine ganz konsequente und systematisch vorangetriebene ethnische Siedlungs- und Umvolkungspolitik gegenüber den Deutschen unverkennbar. Eine solche Politik aber, in großem Stil völlig neue Völkerschaften anzusiedeln, aus welchen Gründen auch immer, und diese Politik

auch dann nicht abzumildern, wenn die indigene Bevölkerung in eine ethnische Minderheitenposition gerät, mit allen politischen Konsequenzen und Gefahren, die sich daraus für die Indigenen ergeben – eine solche Politik ist schon aufgrund ihrer Dimensionen und tiefgreifenden bevölkerungspolitischen Umwälzungen nicht als gemäßigt zu bezeichnen. Eine solche Politik hat jedes Maß verloren, sie ist ihrem ganzen Wesen nach extrem. Völlig zu Recht lässt sich daher eine solche Politik durchaus mit dem Begriff der Radikalität beschreiben.

Wie alle Extremisten zeigen auch die Bunten Republikaner natürlich auf der Suche nach Feindbildern mit dem Finger auf andere – um unbequeme Kritiker mundtot zu machen und gleichzeitig von eigenem Versagen abzulenken. Schon unter Stalin, Hitler und Mao galt jeder, der Kritik am Extremismus der Regierung und den unerträglichen Zuständen äußerte, wahlweise als „Revisionist“, „Landesverräter“ oder „konterrevolutionäres Element“. Traditionell wurde also in der Historie radikaler, extremistischer Regime schon immer derjenige als „radikal“ bezeichnet, der sich angesichts der ausufernden politischen Eskapaden der jeweils herrschenden Clique für politische Mäßigung einsetzte. Dabei schien sich ebenfalls traditionell die Hysterie, mit der dieser Vorwurf Kritikern entgegengehalten wurde, immer mehr zu steigern, je mehr die herrschende Clique aufgrund der unübersehbar skandalösen Sachlage im Land in die Defensive geriet. Die Neigung eines extremistischen Regimes, angesichts sich fortwährend verschlimmernder Zustände auf jede Form von Opposition, statt Selbstkritik zu üben, mit noch mehr Radikalität zu antworten, ist somit ebenfalls nichts Neues.

Genau diese Situation erleben wir auch heute wieder im Umgang der Bunten Republikaner mit der AfD als einziger Oppositionspartei. Das Wahlprogramm der AfD ist bekanntlich nahezu identisch mit den Wahlprogrammen der CDU der 80er und 90er Jahre. Genau genommen steckt in diesem Programm neben einer kleinen Prise Freigeist sogar eine ganze Menge

bürgerlicher Langeweile. Es sollte uns alle sehr nachdenklich stimmen, dass eine Programmatik, die unter Helmut Kohl zu Recht noch als klassisch-bürgerlich galt, von den heutigen Machthabern als „radikal“ beschimpft wird – das erinnert tatsächlich in vielerlei Hinsicht an den Umgang mit bürgerlichen Überzeugungen durch die berüchtigten linksextremistischen Regime des 20. Jahrhunderts.

Tatsächlich ist das Programm der AfD insgesamt kaum mehr als ein einziger lauter Ruf nach politischer Mäßigung. In Fragen der ethnischen Siedlungspolitik setzt sich die AfD für eine Rückkehr rechtsstaatlichen Grenzschutzes ein, sie plädiert für eine Verlangsamung der Siedlungspolitik und angesichts der katastrophalen Zustände gerade in westdeutschen Großstädten für eine ethnopolitische Kurskorrektur. Sie setzt sich in der Energiepolitik für Augenmaß ein, statt für überzogenen Öko-Aktionismus. Sie sorgt sich in der EU-Politik um die Wahrung der demokratischen Prozesse, statt noch mehr Macht an ein System abzugeben, das seit Jahrzehnten unter einem „Demokratie-Defizit“ leidet und – wenig vertrauenserweckend – nicht die geringsten Anstalten macht, dieses demokratische Defizit zu beseitigen. All diese AfD-Positionen sind mäßigend, es sind Aufrufe zu einem allgemeinen politischen Innehalten, zu Besonnenheit, Verantwortungsbewusstsein und einer Rückkehr zu einer maßhaltenden Politik, die sich insbesondere in puncto Siedlungspolitik ernsthaft und selbstkritisch mit den realexistierenden Zuständen im Deutschland des Jahres 2018 auseinandersetzt. „Radikal“ ist daher nicht die AfD, die für Mäßigung und eine Wiederherstellung von Recht und Ordnung in einem Staatswesen des Kontrollverlustes plädiert. „Radikal“ sind ganz im Gegenteil all jene, die aus ideologischer Verbohrtheit nach einem „Weiter-so!“ brüllen und die Umvolkung selbst angesichts der unverkennbar zunehmenden ethnischen Spannungen in Deutschland über jede Schmerzgrenze hinaus, über alle Leichen hinweg weiter vorantreiben, teils sogar noch beschleunigen wollen.

Die AfD sollte sich von diesen Hetzern und Scharfmachern aus dem Machtkartell der Bunten Republikaner nicht irre machen lassen. Sie sollte konsequent bei ihrem Kurs einer vernunftorientierten Mäßigung bleiben. Radikal ist nicht die AfD. Radikal sind die Fanatiker der totalen Bunten Republik.